

Francia Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Bd.: 33. 2006 (2007)

Ostfildern 2007

Z 95.309-33

urn:nbn:de:bvb:12-bsb00016440-1

Die verschiedenen Akteure im komplexen »circuit blé-pain« stehen im Mittelpunkt des zweiten Teils. Getreideproduzenten, Müller, Bäcker, Händler und Konsumenten werden nicht nur in bezug auf soziale Lage und Interessen vorgestellt, sondern gemäß der anvisierten »histoire des représentations étatiques du champs social des révoltes« (S. 178) vor allem im Hinblick auf ihre Wahrnehmung durch die staatliche Verwaltung. Letztere war gleichwohl selbst ein wichtiger Akteur; insbesondere die *Maires* spielten im Entstehungs- und Deeskalationsgefüge von Unruhen naturgemäß eine bedeutende Rolle. Für die Jahre der Julimonarchie kann Bourguinat indes eine forcierte Neujustierung des Verhältnisses zwischen Verwaltung und Verwalteten nachzeichnen, die sich nicht nur in einer neuen Rolle der lokalen Amtsträger im Kontext der Ernährungsfrage, sondern auch in der begrifflichen Neuordnung der gesellschaftlichen Bezüge dieses Problembereiches widerspiegelt.

Der dritte Teil der Arbeit beschäftigt sich endlich mit dem Protestgeschehen selbst. Analysiert werden die differenzierten Praktiken des Widerstands und die staatlichen Gegenmaßnahmen ebenso wie die soziale Herkunft der Protestierenden und die Rolle geschlechtsspezifischer Unterschiede im Protestverhalten. Hier wird an eine lange Forschungstradition angeschlossen; die »Dekodierung« unterschichtlicher Normvorstellungen mittels Untersuchung des Protestverhaltens führt beinahe zwangsläufig zu E. P. Thompsons Konzept der »moral economy of the crowd«, das sich auch Bourguinat zunutze macht. Die Idee eines *Contrat social*, der dem Staat die Aufgabe zuschrieb, die Versorgung mit Nahrungsmitteln sicherzustellen und »gerechte« Preise zu garantieren, blieb erhalten, wobei der Erinnerung an das »Maximum« der Revolutionszeit eine nicht unwichtige Rolle spielte. Wieder waren es die 1830er und 1840er Jahre, in denen eine stärkere Kriminalisierung der Unruhen und die massive Repression für eine zunehmende Politisierung (im Sinne einer Verbindung des Nahrungsproblems mit anderen politischen Ausdrucksformen) mitverantwortlich zeichneten. Ein Ausblick auf die Ereignisse 1848 deutet diese Transformation des Gesellschaftsvertrags an.

Insgesamt bietet Bourguinat interessante und vielschichtige Einblicke in einen zentralen gesellschaftlichen Konfliktbereich, wobei die besondere Stärke der Arbeit in der Herausarbeitung von Kontinuität und Wandel im Verhältnis von Staat und revoltierenden Untertanen liegt. Der gewählte Zeitraum der Studie ermöglicht es, die Skizzierung der Entwicklungsdynamik mit einer dichten und quellengesättigten Vorgehensweise zu verbinden. Die Vielzahl der Informationen macht die Analyse jedoch mitunter etwas unübersichtlich. Eine Beigabe von tabellarischen Übersichten und zusätzlichen Karten hätte vielleicht geholfen, manche Ergebnisse etwas stärker auf den Punkt zu bringen.

Michael HECHT, Münster

La France et le temps de travail 1814–2004, hg. von Patrick FRIDENSON und Bénédicte REYNAUD, Paris (Odile Jacob) 2004, 237 S., ISBN 2-7381-1392-3, EUR 23,90.

Es mag kein Zufall sein, daß die Herausgeber diesen Band fast personalisierend »Frankreich und die Arbeitszeit« überschrieben haben, was die hohe symbolische Bedeutung des Themas für die französische Gesellschaft im Allgemeinen und für die Arbeiterbewegung im besonderen hervorhebt. Die Autoren schlagen dabei einen weiten Bogen von der ersten Hälfte des 19. Jhs. bis in die unmittelbare Gegenwart der umstrittenen 35-Stunden-Woche und stellen das Thema in den Kontext der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Frankreichs. Die Geschichte des Arbeitsrechts im allgemeinen und der Arbeitszeit im besonderen sind keine Leerstellen. Mit seiner lesenswerten »Histoire du Dimanche« legte Robert Beck 1997 für einen Teilbereich der Geschichte der Arbeitszeit die Meßlatte für weitere Studien hoch. Aber auch der vorliegende Band zeigt, daß die Geschichte der Arbeitszeit primär als Geschichte der Beziehungen zwischen beiden Sozialpartnern und Staat geschrieben werden muß.

In einem ersten Schritt untersuchen die beiden Ökonomen Jérôme BOURDIEU und Bénédicte REYNAUD, weshalb sich das Thema im 19. Jh. in der öffentlichen Diskussion etablieren konnte. Voraussetzung dafür, daß der Arbeitsschutz und damit die Verringerung der Arbeitszeiten von einer wachsenden Anzahl von Politikern und Unternehmern als Ziel definiert wurden, war die Bewußtwerdung des Zusammenhanges zwischen Arbeit und Gesundheit der Arbeiter. Das wachsende medizinische Verständnis, der politische Wille und die Erkenntnis der Unternehmer, daß die Arbeitszeitbegrenzung mittelfristig eine Chance auf Produktivitätssteigerung bot, waren entscheidende Impulse dieser Entwicklung. Die Gesundheit der Arbeiterschaft wurde zum »bien public«. Komplementär hierzu beschäftigt sich Patrick FRIDENSON mit der Vielzahl der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Prozesse, die auf die Arbeitszeit Einfluß hatten – wobei er den Schwerpunkt auf die 1920er Jahre legt. Die Interessendivergenz der verschiedenen Akteure hatte eine relativ große Instabilität des Verhältnisses von gesetzlicher und vertraglicher Regelung der Arbeitszeit zur Folge, sowie Unterschiede in der Art der Arbeitszeitreduktion, je nach Zielgruppe, territorialem Niveau und Bezugsgröße (tägliche, wöchentliche oder jährliche Arbeitszeit). Hervorzuheben sind vor allem Fridensons Überlegungen zur Rolle der seit Ende des 19. Jhs. auftretenden »nébuleuse réformatrice« (S. 57) aus Sozialreformern, Wissenschaftlern aller Disziplinen, internationalen Verbänden und Organisationen und sonstigen Akteuren der Zivilgesellschaft. Die Dimension des Gewohnheitsrechts findet in beiden Kapiteln leider keine ausreichende Berücksichtigung. Dabei erweist sich dieses bis in die Zwischenkriegszeit hinein immer dann als entscheidend, wenn Gesetz und Tarifvertrag ein Feld nicht oder nur oberflächlich regelten, vielleicht sogar auf die *Usages* verwiesen. Dies ist besonders augenfällig in der Rechtsprechung der *Conseils de prud'hommes*.

Mit den 30er Jahren des 20. Jhs. beschäftigt sich Alain CHATRIOT, Autor einer Studie über den *Conseil national économique* als »démocratie sociale à la française« (2002), den er auch als Austragsort für Differenzen über die Arbeitszeit ins Zentrum seines Aufsatzes stellt. Die Arbeitszeitverkürzung als mögliches Heilmittel gegen die steigende Arbeitslosigkeit mache eine Besonderheit der Debatte in den Jahren der Volksfront aus. Die im Gesetzgebungsprozeß zur 40-Stunden-Woche weitgehend unterlassene Sachdiskussion sei dann allerdings bei der Aushandlung der konkreten Umsetzung im CNE nachgeholt worden. Die Relativierung der gesetzlichen Vorgabe von 40 Stunden in den Jahren 1937/38 widerspreche der Legende von der rigiden Durchsetzung der *40 heures* und zeige, daß die großen symbolischen Gesetze der Volksfront nur bedingt die sozialen Praktiken widerspiegeln.

Zwischen dem Weltkrieg und den siebziger Jahren stagnierte die Arbeitszeitreduktion weitgehend. Der Betriebswirt Éric PEZET weist darauf hin, daß die wöchentliche Arbeitszeit nicht das entscheidende Dispositiv der *Trente glorieuses* darstellte, sondern *mensualisation*, Jahresurlaub und die Regelung der Überstundenproblematik bei gleichzeitiger Stabilisierung der Löhne. Die Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern wurden nach dem Krieg wieder zum wichtigsten Ort der Entwicklung und Verbreitung sozialer Ordnungen und gingen der gesetzlichen Normierung voraus. Sozialpartnerschaft und Paritarismus wurden von neuem institutionalisiert, bis der soziale Konsens in den 1970er Jahren im Zeichen der Krise in Frage gestellt wurde. Die damit einsetzende Transformation der Sozialbeziehungen stellt der Ökonom Jacques FREYSSINET dar. Der Zielkonflikt zwischen Arbeitgebern (Flexibilisierung) und Arbeitnehmern (Bekämpfung der Arbeitslosigkeit) drohte das System der Aushandlung zu sprengen, so daß der Staat durch Gesetzgebung und finanzielle Förderung Verhandlungen zwischen den Tarifpartnern wieder zu stimulieren suchte. Der Erfolg dieser Strategie ist schwer zu beurteilen, ihr scheinbares Scheitern führte aber zu einer Neuorientierung unter der *Gauche plurielle* ab 1997, die mit dem bisherigen System der Regulierung brach, in dem Gesetzgebungsprozeß und Aushandlung auf verschiedenen Ebenen interagiert hatten. Dieser Versuch der Linken, aktive Arbeitsmarktpolitik durch die Einführung der 35-Stunden-Woche zu betreiben, wird von zwei

Volkswirten und einer Soziologin im letzten Kapitel des Bandes analysiert, wobei sie sich um eine ausgewogene Darstellung der Entstehungsbedingungen der Gesetze (*Lois Aubry*), der erhofften Effekte und der Folgen bemühen. Entscheidend für das Urteil über Erfolg und Scheitern waren aber auch diesmal weniger die Gesetze selbst, als die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die bestimmend für die Durchführung waren. Dienten seit dem 19. Jh. Effizienzgewinne durch flexiblere und kürzere Arbeitszeiten als Anreiz für die Unternehmen, so wollte die Regierung diese nun zur Schaffung neuer Arbeitsplätze einsetzen. Dieser Zielkonflikt scheint der tiefere Grund dafür zu sein, daß nur wenige Betriebe sich dem in den Gesetzen vorgesehenen System von Bindungen und finanziellen Anreizen überhaupt unterwarfen.

Die in der Einleitung des Bandes aufgestellten Anforderungen werden weitgehend auch erfüllt: Interdisziplinarität; Multiperspektivität mit Blick auf Akteure und Interessen; Darstellung der Arbeitszeitverkürzung als langfristiger Prozeß (ohne Linearität, mit häufigen Neuorientierungen und Begründungswechseln); Analyse auf verschiedenen Untersuchungsebenen (Diskurse, gesetzliche und effektive Arbeitszeit, unternehmerische Praxis und internationale Bezüge, Konstitution und Transformation von Institutionen); Parallelität von Normen unterschiedlicher Hierarchie (Gesetze, Tarifverträge, Fabrikordnungen, individuelle Verträge). Eine Gesamtdarstellung liefert der Band gleichwohl nicht, was die Herausgeber aber auch nicht anstrebten. Die einzelnen Kapitel sind letztlich zu uneinheitlich und jeweils auf spezifische Fragestellungen ausgerichtet. Zudem wird von den Autoren zuviel an ideen-, politik- und sozialgeschichtlichem Kontext vorausgesetzt. Dies betrifft insbesondere das ohnehin zu kurz kommende 19. Jh. Hier wären für das Verständnis Ausführungen zum politischen und juristischen Diskurs und der Entwicklung der Arbeiterbewegung sinnvoll gewesen, gerade zur Rolle des lange dogmatisch hochgehobenen Konzepts der *liberté du travail*. Der Zusammenhang von Arbeitszeitverkürzung, verspäteter und relativ schwacher gewerkschaftlicher Organisation und später Ausbildung eines eigenständigen, vom Zivilrecht losgelösten Arbeitsrechts mag zwar dem Spezialisten geläufig sein, wäre aber für die meisten Leser eine sinnvolle Ergänzung gewesen. Ein Schlußkapitel, das die großen Linien der Entwicklung auf den verschiedenen Ebenen herausarbeitet und die unterschiedlichen analytischen Schwerpunkte der Autoren zusammenführt, wäre zudem wünschenswert gewesen.

Zugleich sind aber alle Kapitel nicht nur informativ, sondern auch innovativ. Sie bieten eben mehr als nur eine Zusammenfassung der bisherigen Forschung, da sie mit Quellenarbeit und neuen Fragestellungen auch neue Erkenntnisse erbringen. Der umfassende Blick (besonders auf die betriebliche Realität) offenbart die Uneinheitlichkeit der Entwicklung besonders gut, die innerhalb des oft statisch wirkenden, einen linearen Fortschritt suggerierenden gesetzlichen Rahmens die besondere Heterogenität und Diskontinuität des Phänomens ausmacht.

Jürgen FINGER, Augsburg

BRUNO MARNOT, *Les ingénieurs au Parlement sous la III^e République*, Paris (CNRS Éditions) 2000, 322 S. (Coll. CNRS Histoire), ISBN 2-271-05803-1, EUR 23,00.

Industrielle Revolution, Ingenieurwesen und Politik, diesen drei Themen und deren Interaktion geht Marnot in seiner Doktorarbeit nach. 280 Ingenieure verschiedener Herkunft und Ausbildung gehören im Laufe der 3. Republik dem Abgeordnetenhaus und dem Senat an. Ein kurzer Lebenslauf beschreibt sie, doch geht es Marnot in seiner Arbeit um mehr als Biographien im klassischen Sinne. Innenpolitik, Wirtschaftslage und Ausbau nationaler Infrastrukturen zwischen 1871 und 1940 bedingen einander. Aus diesem Grund untersucht er, bei welchen politischen Entscheidungsfindungen die Fachkompetenz der